

## **Solidarität mit den Roma!**

### **1. Europas größte nationale Minderheit: unterdrückt, verachtet, diskriminiert, verfolgt**

Die zehn bis zwölf Millionen Roma in Europa leben in ihrer übergroßen Mehrheit in bitterer Armut. Sie werden bis heute vielfach unterdrückt, oft verachtet oder diskriminiert und sind in einigen Regionen Opfer rassistischer Anfeindungen. Die Zahl der Angehörigen dieser Volksgruppe ist höher als die der Einwohnerschaft von 14 Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

In Ost- und Südosteuropa wohnen die meisten Roma-Familien in Slums oder Ghettos, oft in baufälligen Gebäuden oder Baracken ohne sanitäre Anlagen. Die Unterkünfte sind überwiegend nicht an das Abwassersystem angeschlossen. Vielfach sind die Menschen ebensowenig von den Behörden registriert wie viele ihrer Siedlungen. Auch deshalb hat die große Mehrheit der Roma weder einen festen Arbeitsplatz noch ein geregeltes Einkommen und erhält keine staatliche Sozialhilfe oder kostenfreie medizinische Betreuung.

Weit verbreitet und vielfach für das Überleben der Familien notwendig ist Kinderarbeit. Bis zu zwei Drittel aller Roma-Haushalte haben nicht genug zu essen. Viele Kinder leiden unter Mangelernährung. Etwa ein Fünftel von ihnen ist krank. So ist die Kindersterblichkeit in Rumänien unter den Roma viermal so hoch wie im Landesdurchschnitt. Man schätzt, dass die Lebenserwartung der südosteuropäischen Roma etwa zehn Jahre unter der durchschnittlichen Lebensdauer der Mehrheitsbevölkerung liegt. In verschiedenen Ländern besuchen bis zu 50% der Roma-Kinder Sonderschulen.

### **2. Anspruch auf Daseinsvorsorge und Partizipation**

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) erinnert nachdrücklich alle Staaten Europas, in denen Roma leben, an ihre Verpflichtung zur Gewährung der staatlichen Daseinsvorsorge, auf die alle Einwohner einen Anspruch haben. Dies gilt insbesondere für die großen Roma-Siedlungen, die oft nicht einmal mit den notwendigsten Versorgungseinrichtungen ausgestattet sind.

Die FUEV identifiziert vor allem folgende Bereiche, in denen unverzüglich umfassende Maßnahmen in angemessener Dimension zu ergreifen sind:

#### **Bildungswesen**

Der Schulbesuch für alle Kinder ist im Primarbereich sicherzustellen. Wo es erforderlich ist, sind Mediatorenprogramme einzurichten, die auf einen regelmäßigen Schulbesuch zielen. Entsprechend dem Grad der Versorgung der Mehrheitsbevölkerung mit schulischen Einrichtungen in Sekundarbereich sind solche auch für die Roma anzubieten. Darüber hinaus sind Maßnahmen der Erwachsenenbildung wünschenswert und notwendig.

### **Gesundheitswesen**

Ortsnahe ambulante und stationäre Gesundheitseinrichtungen sind entsprechend dem Landesstandard auch für die Roma-Bevölkerung einrichten und anzubieten. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse von Frauen und Kindern zu richten.

### **Arbeitsmarkt**

Durch eine regionale Strukturpolitik ist dafür Sorge zu tragen, dass in den Siedlungsgebieten der Roma Arbeitsplätze entstehen, die es ihnen ermöglichen, am Erwerbsleben teilzunehmen. Dies ist durch Maßnahmen der beruflichen Bildung und der Arbeitsvermittlung zu flankieren.

### **Örtliche und regionale Infrastruktur**

Die Wohndistrikte der Roma sind nach Landesmaßstab mit Elektrizitäts- und Trinkwasserversorgung sowie einem Entsorgungssystem für Abwasser und Müll auszustatten, wobei die Einhaltung der Hygienestandards zu gewährleisten ist.

Die Roma-Siedlungen sind angemessen an das öffentliche Verkehrsnetz anzuschließen.

### **Wohnungswesen**

Durch Wohnbauprogramme sind die Roma bei der Errichtung von menschenwürdigen Häusern und Wohnungen zu unterstützen.

### **Partizipation an der örtlichen Verwaltung**

Die Roma haben wie alle Bürger einen Anspruch darauf, an den örtlichen Verwaltungsangelegenheiten, die sie betreffen, beteiligt zu werden. Hierzu bedarf es des Aufbaus bzw. der Stärkung einer örtlichen Verwaltung, an der auch die Roma durch eine demokratisch legitimierte Vertretung mitwirken können.

### **Verantwortung der Staaten**

Die für die flächendeckende Erbringung dieser Daseinsvorsorge erforderlichen finanziellen, organisatorischen und personellen Aufwendungen überschreiten erheblich das Maß, das von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen geleistet werden kann. Hier sind äußerste Anstrengungen von den betreffenden Staaten unverzüglich selbst zu erbringen.

## **3. Verbesserung der öffentlichen Akzeptanz**

Nach Überzeugung der FUEV ist es im 21. Jahrhundert nicht hinnehmbar, dass die größte autochthone Minderheit innerhalb der Europäischen Union und des Europarates von der Teilhabe an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa weitgehend ausgeschlossen ist.

Stellungnahmen auf europäischer wie nationaler Ebene in jüngster Zeit lassen erkennen, dass die soziale Marginalisierung der Roma in Europa als ein vorrangig zu lösendes Gegenwarts- und Zukunftsproblem erkannt ist. Aber es fehlt an breit angelegten Strategien und an konkreten Aktionen auf allen Ebenen, um die Lage der Roma nachhaltig zu verbessern. Insgesamt hat Europa in Bezug auf seine größte Minderheit weniger ein Erkenntnis- als vielmehr ein Umsetzungsproblem. In erster Linie sind die Mitgliedstaaten der EU und des Europarates aufgefordert, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Roma zu ergreifen. Darüber hinaus ist die gesellschaftliche Einbindung der Roma ein wechselseitiger Prozess, der ein Umdenken in der Mehrheitsbevölkerung ebenso wie bei den Mitgliedern der Roma-Gemeinschaften erfordert.

An ihrer gegenwärtigen Lage brauchen die Roma zu allererst Annerkennung und gesellschaftliche Akzeptanz als Voraussetzung für ihre soziale und wirtschaftliche Integration. Dies kann von staatlicher Seite nicht verordnet werden, sondern setzt Annäherung durch vertrauensbildende Maßnahmen voraus.

Die Staaten sind aufgefordert, konkrete Aktionen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit zu ergreifen, um rassistischen und die Menschenwürde verletzenden Auffassungen und Handlungen in Teilen der Mehrheitsbevölkerung entgegenzuwirken.

Nachdem die Situation der Roma hinreichend in zahlreichen Dokumenten auf europäischer und nationaler Ebene dargestellt ist, müssen den Worten Taten folgen.

#### **4. Solidarität der Tat: Minderheiten als Brückenbauer**

Die FUEV bekennt sich zur Solidarität mit den Roma. Sie verfügt als größter Dachverband der Minderheiten in Europa aus der eigenen Erfahrung ihrer Mitglieder über besondere Qualifikationen, die zur Verbesserung der Einbeziehung der Roma in alle Bereiche des öffentlichen und politischen Lebens und zur Verstärkung ihrer Vertretung in Institutionen und gewählten Gremien auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene nutzbar gemacht werden können. Die Heterogenität der einzelnen in der FUEV vertretenen Minderheiten ist eine gute Voraussetzung dafür, komplexe Programme und Projekte umzusetzen, die speziell auf die besonderen Bedürfnisse der in unterschiedlicher Weise lebenden Roma-Gemeinschaften zugeschnitten sind.

Minderheitenorganisationen sind in besonderer Weise qualifiziert, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und dem Grundsatz der Subsidiarität Rechnung zu tragen. Die FUEV sieht die bewusste und konsequente Integration der Roma in die Zusammenarbeit aller Minderheiten als ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung von Vorurteilen und Diskriminierung an. Minderheiten verfügen über eine besondere gesellschaftliche und interkulturelle Kompetenz, die mit einem ausgeprägten Bewusstsein für Recht und Gerechtigkeit einhergeht. Die Solidarität von Minderheitenangehörigen untereinander sollte verstärkt auch dazu genutzt werden, der Volksgruppe der Roma in ihrer besonderen gesellschaftlichen Situation zu mehr Verständnis und Akzeptanz seitens der Mehrheitsbevölkerung zu verhelfen.

Anzustreben ist eine solidarische Verbindung von Angehörigen der Roma mit anderen Minderheitenorganisationen. Wenn Vertreter der Roma mit Mitgliedern anderer Minderheiten außerhalb ihres gewohnten Lebensumfeldes zum persönlichen Kennenlernen und zum Dialog zusammengeführt werden, können Erfahrungsaustausch und Best-Practice-Beispiele auf regionaler und lokaler Ebene zu einer Ermutigung der Roma zur Teilnahme am zivilen und politischen Leben führen. Ziel muss es sein, eine bessere Beteiligung der Roma in allen Bereichen des öffentlichen und politischen Lebens und eine Stärkung ihrer Mitwirkung in Institutionen und Gremien innerhalb des europäischen Mehrebenensystems zu erreichen, ohne die spezifischen Bedürfnisse der Roma-Gemeinschaften zu vernachlässigen.

Im Wege des gegenseitigen Kennenlernens kann eine von Respekt und gegenseitigem Verständnis getragene solidarische Verbindung von Angehörigen der Roma mit den Vertretern anderer Minderheiten entstehen. Durch gemeinsames Auftreten und eine gemeinsame Artikulation von Interessen würde die ablehnende Haltung gemildert, die den Roma immer noch als erstes entgegenweht, wenn sie isoliert auftreten. Hier bieten sich die

in der FUEV organisierten Minderheiten Europas als „Brückenbauer“ an: Mit ihrem speziellen Erfahrungshintergrund sind sie die geborenen Mittler zwischen den Gemeinschaften der Roma und der Mehrheitsbevölkerung.

#### **5. EU-Integrationsprogramm für die Roma wirksam umsetzen – NGO-Arbeit finanziell fördern**

Die FUEV begrüßt die Mitteilung der Kommission zu einem „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ von 5. April 2011 (COM(2011)173) und ebenso den Bericht des Europäischen Parlaments über die EU-Strategie zur Integration der Roma vom 18. Februar 2011 (2010/2276(INI)).

Die Rahmenstrategie der Kommission ist eine geeignete Richtschnur für nationale Konzepte zur Verbesserung der Lebenssituation der Roma in ganz Europa. Neben der Sicherstellung von Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und der Bereitstellung von Wohnraum sollten aus den europäischen und staatlichen Programmen auch NGO-Aktivitäten finanziell gefördert werden, die auf eine Verbesserung der Lebensumstände der Roma abzielen. Hierzu zählen insbesondere vertrauensbildende Maßnahmen zum gegenseitigen Kennenlernen und Verstehen.

Mehr von einander zu wissen, einander in den jeweiligen Traditionen von Herkunft und kulturellem Erbe zu verstehen und zu akzeptieren, ermöglicht nicht nur mehr gesellschaftliche Teilhabe und Einbindung. Es ist auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass der Beitrag der Roma zu einer europäischen Kultur der Vielfalt von Minderheit und Mehrheit gleichermaßen als Bereicherung und als Mehrwert verstanden wird.

Verabschiedet als *Eisenstädter Erklärung* von den Teilnehmern des FUEV-Kongresses am 04. Juni 2011 in Eisenstadt/Željezno.